

# Luftfahrtbranche will Bundeshilfe

**Ein Hauptbegehren** ist die Übernahme der Sicherheitskosten.

**KLOTEN** Am Luftfahrtkongress in Kloten unterstrichen gestern viele Referenten die Bedeutung der Luftfahrt als zentralen Standortfaktor. So nützten eine gute Infrastruktur für die Luftfahrt und attraktive Verbindungen der gesamten Wirtschaft. Gemäss dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse kam der Luftfahrtstandort Schweiz im Jahr 2004 auf eine Gesamtwertschöpfung von mehr als 26 Milliarden Franken. Rund 180 000 Beschäftigte seien direkt oder indirekt von der Luftfahrt abhängig.

Angesichts der starken internationalen Konkurrenz ruft die Luftfahrtbranche nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Hier sei die Politik gefordert, erklärte Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse, dem Dachverband der Schweizer Luftfahrt. Am Flughafen Zürich müsse die deutsche Überflugregelung beseitigt werden. Zudem seien konkurrenzfähige Kosten nötig. Als Beispiele nannte Kurrus die Abgeltung von Flugsicherungsleistungen der Skyguide im benachbarten Ausland, die Verwendung der Mineralölsteuerezuschläge auf Flugtreibstoffe zu Gunsten der Luftfahrt und vor allem die Übernahme der Sicherheitskosten durch die öffentliche Hand.

## Felder kritisiert den Bund

Die Terrorattacken in New York im September 2001 hätten zu einer Häufung von Sicherheitsauflagen geführt, die teilweise blödsinnig seien und viel

kosteten, sagte Josef Felder, Unique-Geschäftsführer sowie Präsident der Vereinigung der Schweizer Landesflughäfen. Im Jahr 2000 betrug die Sicherheitskosten am Flughafen Zürich 75 Millionen, dieses Jahr 102 Millionen, obwohl das Verkehrsaufkommen um ein Drittel kleiner sei. Felder bemängelte, dass der Bund nicht bereit sei, diese Kosten mitzutragen. Dass der Gesetzgeber in der Frage der Fluglärmerschädigungen untätig bleibe, sei verantwortungslos. Ausserdem kritisierte er Regierungen – ob national oder kantonal –, welche die Anliegen von Anwohnern rund um einen Flughafen stärker gewichten als die volkswirtschaftlichen Interessen eines Landes.

## Leuenberger: Es gibt Grenzen

Die Bedeutung entbinde die Luftfahrt nicht, sich der Politik zu stellen, sagte Bundespräsident Moritz Leuenberger. Die Diskussion um den Fluglärm habe gezeigt, dass gegen die Interessen der Anrainer kein Flughafen betrieben werden könne. Trotz Globalisierung spielten auch Landesgrenzen noch eine Rolle. Im Fluglärmstreit mit Deutschland ermögliche nur der Dialog unter befreundeten Nachbarn eine Lösung. Er erwartet von Deutschland, dass es Gesprächsbereitschaft zeigt. «Wir haben ein Problem mit den Beschränkungen im süddeutschen Luftraum, und ich erwarte, dass Deutschland unsere Anliegen endlich ernst nimmt.» (sda)

